

In dieser Ausgabe



NORD SÜD VERLAG

Eine der Gemeinsamkeiten von **Kulturredaktorin Anna Kardos** und ihrem Sohn ist die Faszination für Bücher. Das Lieblingsbuch des Dreijährigen ist die Geschichte des jungen **Stiers Alois von Max Bolliger** aus dem Jahr 1968. Auf die Frage, warum ihm das Bilderbuch so gut gefalle, antwortete er, dass er Alois gern habe, weil er ihn gern habe. Doch damit gab sich seine Mutter nicht zufrieden. Sie forschte nach, warum einige Kinderbücher nicht an Beliebtheit verlieren, sogar immer wieder aufs neue illustriert werden – und was eine gute in Bildern erzählte Geschichte ausmacht. Antworten gefunden hat sie unter anderem bei der jungen **Illustratorin Francesca Sanna**, die das wunderbare Buch «Die Flucht» (Bild) herausgebracht hat.

Bund «wochenende»

Bald sind neun Monate vergangen, seit die Schweizer Fussball-Nationalmannschaft an der WM den Achtelfinal gegen Schweden ohne jede Leidenschaft verlor. **Keine Leidenschaft – das passiert Sascha Ruefer nie.** Er kommentiert die Spiele der Nati fürs Schweizer Fernsehen. Emotional, kritisch und unterhaltend. Auch jetzt wieder, wenn die Schweizer Fussballer in die EM-Qualifikation starten. Vorher nahm sich Ruefer noch Zeit für ein Gespräch mit **Sportchef Etienne Wullemin.** Er blickt auf die WM zurück, die wegen des Doppel-Adlers noch lange in Erinnerung bleiben wird. Dazu macht er sich auch Gedanken über die vielen Abgänge bei SRF und die Zukunft des Fernsehens.

Grosses Interview

Obwohl **Roche und Novartis** ganz vorne in der Pharmabranche mitspielen, haben sich die beiden Konzerne in den vergangenen Jahren nur sehr selten direkt bekämpft. Das ändert sich nun, wie **Wirtschaftsredaktor Andreas Mückli** in seiner Recherche zeigt: Gleich bei mehreren Krankheiten duellieren sich die beiden Unternehmen. Ein prominentes Beispiel ist die spinale Muskelatrophie, eine seltene Krankheit, die in der schlimmsten Ausprägung für Kleinkinder ein Todesurteil bedeutet. Fast alle betroffenen Babys sterben vor ihrem zweiten Geburtstag. Novartis **verspricht mit einer neuen Gentherapie Heilung**, Roche kann dagegen nicht ganz so spektakuläre Resultate vorweisen. Dennoch sieht Roche Chancen für sein Medikament. Direkt unter Beschuss steht Roche auch auf dem Gebiet der Nachahmerpräparate. Novartis stellt eine Kopie eines wichtigen Roche-Krebsmittels her.

Seite 12

Aktuell informiert am Sonntag

Digitale Ausgabe

Laden Sie am Sonntagmorgen die digitale Ausgabe der «Schweiz am Wochenende» auf Ihr Tablet oder Ihr Smartphone – und Sie erfahren in einem aktuellen Sonntags-Bund, was am Samstag im Inland, Ausland und im Sport passiert ist. Für Abonnenten der Print-Ausgabe kostenlos.

Newsletter

Abonnieren Sie gratis unseren Newsletter, der am Sonntagmorgen verschickt wird – mit ausgewählten Artikeln aus der «Schweiz am Wochenende» und News vom Samstag. Auf www.schweizamwochenende.ch können Sie sich für den Newsletter anmelden.

Es klingelt in den Kassen der Parteien

Eine Auswertung von Steuerdaten zeigt: Privatpersonen spenden den Parteien über 50 Millionen Franken. In einem Kanton wird besonders viel von den Steuern abgezogen.

VON PASCAL RITTER

Der Verdacht, dass Geld die Politik beeinflusst, liegt wie ein Schatten über dem leuchtenden Bild der Schweizer Demokratie. Denn weder Beamte noch Politologen können erklären, wer welcher Partei wie viel Geld zahlt. Klar ist hingegen, dass Politik ein teures Geschäft geworden ist. Letztes Jahr warben die politischen Parteien im Wert von 53,3 Millionen Franken auf Inseraten und Plakaten. Auf diese Zahl kam die Agentur Media Focus, indem sie die Listenpreise (ohne Mengenrabatte) der Politik-Werbung zusammenzählte. Zu den Werbeausgaben hinzu kommen Miet- und Lohnkosten der Parteien. Dieses Jahr dürfte es besonders teuer werden. Im Herbst sind eidgenössische Wahlen.

Wer das bezahlen will, ist schwierig herauszufinden. Nirgendwo wird erhoben, wer wie viel Geld in die Politik steckt. Doch es gibt eine Ausnahme: die Steuererklärung. Seit dem Jahr 2011 können natürliche Personen Zuwendungen an politische Parteien von den Steuern abziehen. Bei den Bundessteuern sind es bis zu 10 000 Franken pro Person. Auf Kantonsebene gibt es zum Teil noch mehr Steuerabzug. Die möglichen Abzüge reichen von 5000 Franken im Kanton Freiburg bis zu 20 000 Franken im Kanton Wallis.

Bund entgegen 10 Millionen

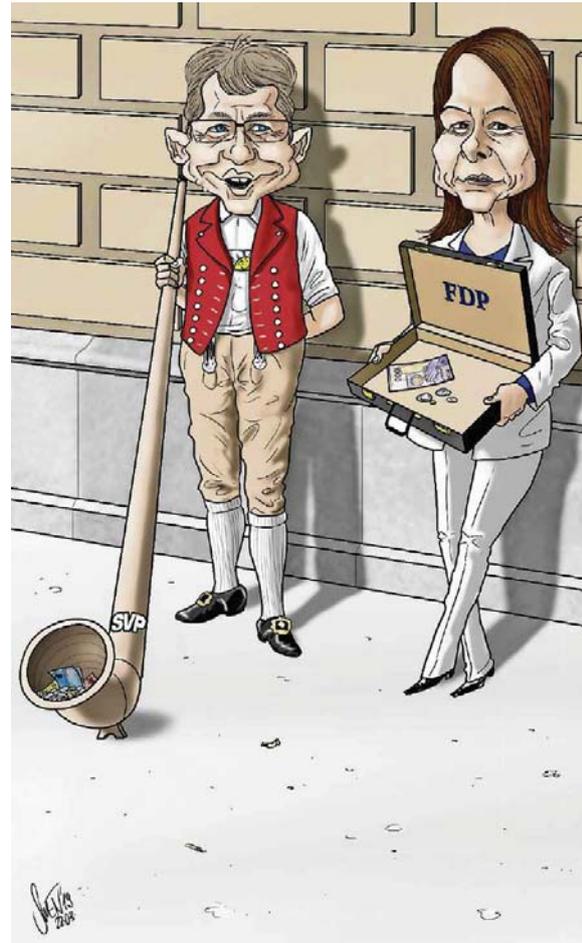
Den Steuerrabatt erhält nur, wer die Spende belegen kann. Die Partei muss zudem im Bundesregister sein oder bei kantonalen Wahlen einen Sitz oder mindestens drei Prozent der Stimmen gewonnen haben. Abzugsfähig sind Mitgliederbeiträge, Spenden, aber auch Mandatsabgaben. Das sind Beiträge, die die meisten Parteien von ihren Nationalräten, Richterinnen oder Regierungsräten einfordern. Sie sind eine Art Kompensation an die Partei, die ihre Karriere ermöglichte.

Wer Beiträge an Parteien von den Steuern absetzt, hinterlässt Spuren. Die Redaktion der «Schweiz am Wochenende» ist nun diesen Spuren nachgegangen. Eine Auswertung der Steuerabzüge, welche in den Kantonen geltend gemacht wurden, zeigt: private Haushalte stecken in einem Wahljahr über 50 Millionen in die Politik. Dieser Betrag wurde 2015, im Jahr der letzten nationalen Wahlen, als Zuwendungen an politische Parteien von Privaten vom steuerbaren Einkommen abgezogen. Dies geht aus den Steuerdaten von 22 Kantonen hervor (siehe Tabelle). Allein in den Kantonen, die Daten lieferten, kamen Zuwendungen im Umfang von über 43 Millionen zusammen. Nimmt man für die Kantone Waadt, Tessin, Neuenburg und Appenzell Innerrhodens, die nicht in der Lage waren, die Daten zu erheben, eine Schätzung hinzu, kommt ein Betrag von rund 51 Millionen Franken zusammen. Nicht einberechnet sind weitere Zuwendungen aus dem Kanton Zürich, der nur einen Teil der Daten liefern konnte.

«Es gibt offenbar viele Bürger, die bereit sind einen schönen Schübel Geld für die Politik aufzuwenden», sagt Historiker Hilmar Gernet, der ein Buch über die Parteienfinanzierung schrieb. «In der Debatte um teilweise anonyme Grossspender geht oft vergessen, dass alle Parteien sehr stark auf Mitgliederbeiträge und kleine Spenden angewiesen sind.» Gernet geht davon aus, dass die 50 Millionen vor allem für den Grundbetrieb der Parteien verwendet werden, also Lohnkosten, Kommunikation, Saalmieten, Porto oder Inserate.

Spenden für Abstimmungskomitees oder persönliche Wahlkämpfe sind schwieriger von den Steuern abzusetzen. Nur Spenden, die über eine Partei gehen, sind abzugsfähig.

Durch die Abzüge entgegen Bund, Kantone und Gemeinden Steuergelder in der Höhe von rund 10 Millionen



Franken, wie Steuerexperten der Beratungsfirma PwC auf Anfrage dieser Zeitung schätzten.

Die Zahlen zeigen, dass Schweizer Parteien jährlich in den Genuss eines riesigen Crowdfundings kommen. Denn die 50 Millionen kommen durch eine grosse Zahl kleinerer Einzelspenden zusammen. Nur sehr wenige Haushalte ziehen den grösstmöglichen Betrag ab. In den meisten Kantonen

schöpft gerade mal ein halbes Dutzend Personen das Abzugsmaximum aus. Die Transparenz-Initiative, die zurzeit in Bern beraten wird, fordert, dass Parteien Spenden ab 10 000 Franken offenlegen müssen. Die allermeisten Spender der jährlich über 50 Millionen Franken wären davon nicht betroffen. Die Hälfte der Spendenbeiträge liegt tiefer als 150 Franken. Es dürfte sich also bei einem grossen Teil

Zuwendungen an politische Parteien im Wahljahr 2015

Kantone	Abzüge (in Fr.)	Ø pro Steuerpflichtige
1 Bern	13 400 649	20.02
2 Zürich*	7 826 086	16.58
3 Schaffhausen	775 400	16.09
4 Basel-Stadt	1 781 086	13.93
5 Basel-Landschaft	2 136 000	12.88
6 Zug	912 567	12.33
7 Nidwalden	273 694	9.98
8 Obwalden	231 251	9.18
9 Graubünden	876 912	9.06
10 Wallis	1 439 852	9.05
11 Schwyz	843 300	8.78
12 Solothurn	1 362 896	8.39
13 Aargau	3 050 546	8.24
14 Luzern**	1 834 307	8.05
15 Thurgau	1 365 616	8.03
16 Jura	380 198	7.85
17 Genf	2 282 654	7.80
18 Uri	173 549	7.65
19 Appenzell Ausserrhodens***	198 274	6.15
20 Glarus	138 083	5.90
21 Freiburg	924 868	5.49
22 St. Gallen	1 300 000	4.64
Total	43 507 788	9.82

* Steuerjahr 2011, 57 Prozent d. Haushalte. ** 2014. *** 2016

Quelle: kantonale Steuerämter



ILLUSTRATION: SILVAN WEGMANN

der Zuwendungen an die Parteien um Mitgliederbeiträge handeln. Die politische Infrastruktur der Schweiz wird auch von vielen einfachen Mitgliedern getragen.

Berner ziehen am meisten ab

Der Vergleich zwischen den Kantonen zeigt, dass Berner Haushalte besonders viel Politikspenden von den Steuern abziehen. Die Bevölkerung des Kantons, in dem das Bundeshaus steht, engagiert sich offenbar gerne mit dem Portemonnaie. Vielleicht sind die Berner aber auch einfach besonders gut darin, Steuerabzüge zu machen.

Ins Gewicht fallen dürften Mandatsträger, die in Bern wohnen und ihren Parteien einen Teil ihres Einkommens abgeben. Auch dank ihnen kommen pro Jahr ganze 13 Millionen an Politikspenden zusammen. Das sind 20 Franken pro Haushalt. Zum Vergleich: In Zürich, das auf den zweiten Platz kommt, sind es Fr. 16.50. In St. Gallen, das am anderen Ende des Politspen-

denrankings liegt, sind es gerade mal Fr. 4.60. Auch hier muss das nicht heissen, dass die St. Galler knauserig sind. Vielleicht ziehen sie ihre Beiträge einfach nicht von den Steuern ab.

Im Vergleich zu den 50 Millionen der privaten Steuerzahler verblieben die bekannten Beiträge von Banken, Versicherungen und der Pharma. Laut der Aktionärsgruppe Actares zahlten etwa die SMI-Firmen im Wahljahr 2015 rund 5 Millionen Franken an die Parteien.

«Firmen und Verbänden spenden in der Regel gezielter als Private. Sie unterstützen eher ein Abstimmungskomitee, das sich für ein sie betreffendes politisches Anliegen einsetzt als eine einzelne politische Partei», sagt Gernet, der früherer CVP-Generalsekretär war.

Die Gesamthöhe von Firmenspenden in Erfahrung zu bringen, ist schwierig. Pauschal dürfen sie keine Steuerabzüge machen. Allerdings kann Politsponsoring als Betriebsaufwand von den Steuern abgezogen werden. Dies funktioniert aber nur, wenn der Abzug ge-

schaftsmässig begründet werden kann und in einem vernünftigen Verhältnis zum Reingewinn steht.

Wo landen die Spenden?

Die Steuerämter erheben nicht, wohin das Geld geht. Ein grosser Teil der 50 Millionen dürfte zu kantonalen Parteisektionen fliessen. In den Jahresrechnungen der nationalen Parteien findet sich jedenfalls nur ein kleiner Teil davon wieder. Die SVP Schweiz erhält laut Jahresrechnung zwischen 2 und 2,5 Millionen Franken pro Jahr. Das meiste Geld stammt aber von Firmen und KMU. Bei der nationalen SP sind es zwischen 3,7 und 4,5 Millionen. Die Grünen nehmen rund 650 000 Franken ein. FDP und CVP konnten oder wollten keine Angaben machen.

Die Schweizer Politik wird durch mindestens 50 Millionen Franken von Privaten und eine unbekannte Summe von Firmen finanziert. Es bleibt ein Schatten über dem strahlenden Bild der Schweizer Demokratie.

SP hofft auf Geld aus Erbschaften

Die Sozialdemokraten rufen dazu auf, im Testament die Partei zu berücksichtigen. Ist das pietätlos?

VON KARI KÄLIN

Manche mögen es schlicht. Zum Beispiel FDP, Grüne, Grünliberale und BDP. Man klicke auf deren Homepage das Wort «Spenden» an, tippe Betrag und Kreditkartennummer ein, fertig. SVP und CVP informieren ihre Gönner immerhin über fiskalische Vorteile: Bis zu 10 000 Franken kann man von den Bundessteuern abziehen.

Einen anderen Ansatz wählt die SP. Sie fordert Sympathisanten («Hinterlassen Sie bleibende Spuren») zum einen dazu auf, die Partei im Testament zu berücksichtigen. Zu diesem Zweck können potenzielle Gönner einen Legate-Ratgeber bestellen. Zum andern lässt sie Sympathisanten wissen, dass man zum Gedenken an eine verstorbene Person das Geld auch in die SP anstatt in Blumen bei einer Trauerfeier investieren kann, getreu nach dem Motto: «Trauerspenden zugunsten der SP».

Auf ihrer Website verweist die SP schon seit mehreren Jahren auf die Möglichkeit, dass man am Lebensende etwas für die Partei springen lassen kann. Aktiv um Trauerspenden werbe sie aber nicht, betont Sprecher Nicolas Haesler. Und der Legate-Ratgeber sei in hoher Anzahl bestellt worden. Er vermittelte den Leserinnen und Lesern einen Überblick zum Thema Testament und Vererben.

Vorwürfe, es sei pietätlos, bei einem Todesfall quasi die hohle Hand zu machen, sind bei der Parteizentrale bis jetzt keine eingegangen. «Im Gegenteil», sagt Haesler. Der Ratgeber werde sehr geschätzt und stelle für viele eine willkommene Dienstleistung dar. «Denn wir drängen nicht zu Testamentsspenden, sondern informieren über die juristische Regelung und die Mög-

lichkeiten», ergänzt der Sprecher.

Das Buhlen um Legate und Trauerspenden ist ein sozialdemokratisches Alleinstellungsmerkmal. Keine andere Partei tut es ihr aktuell gleich. «Wir wissen es zu schätzen, wenn uns ein Mitglied oder ein Sympathisant mit einem Legat berücksichtigt, werben aber nicht aktiv dafür», sagt CVP-Sprecherin Vera Tschan.

Eine Grenzüberschreitung

Die SVP hat vor einiger Zeit einmal in einem Extrablatt einen Aufruf für ein Legat platziert. Die Resonanz blieb bescheiden. In den letzten zehn Jahren profitierte sie nur einmal von einem Legat. Um Trauerspenden zu bitten, kann sich die SVP nicht vorstellen. «Das käme in unseren konservativen Kreisen nicht gut an», sagt die stellvertretende Generalsekretärin Silvia Bär. Ihre Ablehnung gegen derartige Fundraising am pointiertesten formuliert die BDP: «Aufrufe für politische Spenden haben in einem Umfeld von persönlicher Trauer nichts verloren», sagt Generalsekretärin Astrid Bärtschi. «So sehr wir auf finanzielle Spenden angewiesen sind, würden wir hier eine Grenze überschreiten.»

Legate beschenken den Parteien keine grossen Beträge. Einige erhalten gar keine, andere geben darüber keine Auskunft. Transparenz stellen die Grünen her. In den Jahren 2017 und 2018 erhielten sie dank zwei Schenkungen 54 000 Franken. Auch die SP legt ihre Bücher offen. Seit 2014 flossen 146 600 Franken aus Legaten in die Parteikasse. Bei den Trauerspenden waren es lediglich 1000 Franken - offenbar spenden Blumen im Trauerfall immer noch mehr Trost als Parteipolitik.

NACHGEFRAGT

«Geld schadet sicher nicht, aber einen Nationalratssitz kann man sich nicht kaufen»

Welche Rolle spielt Geld in der Politik?

Marc Bühlmann: Geld schadet sicher nicht. Plakate, Inserate oder Einblendungen auf Facebook und Instagram kosten etwas. Allerdings ist unklar, welchen Effekt diese Mittel erzielen. Zudem sind kleine auffällige Aktionen, die kein Geld kosten, manchmal effektiver als teure Plakatwerbung.

Kann man sich einen Nationalratssitz kaufen?

Nein. Alle Studien zum Thema zeigen, dass Geld nicht

der entscheidende Faktor ist. Allerdings habe ich schon gehört, dass sich Politiker mit grosszügigen Beiträgen an die eigene Partei einen guten Platz auf der Wahlliste sicherten. Aber belegen lässt sich das kaum.

Wie viel Geld wird in einem Wahljahr ausgegeben?

Es ist praktisch unmöglich, das zu ermitteln. Zum einen fehlt in der Schweiz ein Parteiengesetz mit Vorgaben zur Finanzierung oder zur Transparenz. Zum anderen sind die Parteien derart föderalistisch organisiert, dass



Politologe Marc Bühlmann.

HO

niemand die Gesamtkosten erhebt. Ohne solche Daten lassen sich nur Aussagen darüber machen, wer im Vergleich mehr Mittel zur Verfügung hat. Bei den letzten Wahlen zeigte sich, dass SVP und FDP wohl das grösste Budget hatten. Seit 1991 heisst es alle vier Jahre: «Dies ist das teuerste Wahljahr aller Zeiten.»

Stimmt das? In den sozialen Medien ist Werbung billiger und gezielter.

Es ist tatsächlich fraglich, ob die Wahlkämpfe kaufkraftbereinigt teurer werden. Den

Effekt von Social Media halte ich aber für überschätzt. Die meisten Wählerinnen und Wähler dürften über klassische Medien wohl noch besser erreichbar sein als über Facebook. Darum können die Parteien im Moment noch nicht auf klassische Werbung verzichten.

Wer finanziert die Parteien in der Schweiz?

Das kommt auf die Partei an. Studien zeigen, dass die Mandatsabgaben bei linken Parteien höher sind als bei rechten. Bürgerliche Parteien er-

halten dafür grössere Spenden aus der Privatwirtschaft. Zum Teil holen linke Parteien Geld, das ihnen Banken geben würden, aus Prinzip nicht ab. Und dann gibt es noch die Mäzene. Bei der SVP hört man immer, dass die Familie Blocher grosse Beträge in die Partei einschiess. Aber solange keine Transparenz herrscht, können wir nur spekulieren, wer wie viel bezahlt. (RIT)

Marc Bühlmann ist Politikologie-Professor an der Universität Bern und Direktor der Jahrbücher «Année Politique Suisse».